

Wahl auf die Gewerkschaft in Kurland und Ungen zu vollziehen und vor allem die jetzige Regierung zu kritisieren. Den Wahlkreisleiter wurde die Wahlstimme abgeben, er muss mitmachen, aber es geht über die Linie. Die Wahlkreisleiter sollten den Wählern zu...

Berlin, 9. April. Ueber den Stand der Streikbewegung bei den Berliner Großbanken lässt sich jetzt sagen, dass die Bank der Kommerz- und Diskontobank, der Mitteldeutschen Privatbank, der Diskontogesellschaft, der Dresdener Bank und der Bank für Handel und Industrie zur Arbeit nicht erschienen sind. Die Angestellten der Nationalbank für Deutschland und der Deutschen Bank arbeiten, doch wird zuerst über die Stellungnahme zum Streik abgemittelt. Unbestimmt von der Streikbewegung sind die Berliner Handels- und die Reichsbank, sowie die Privatbankfirmen. Doch ist zu befürchten, dass der Streik auf ein letztes übergeben wird, wenn die Privatbankfirmen ihre Angestellten zur Erledigung der Arbeiten bei den Großbanken heranziehen würden.

Bayern.

Bamberger für das Ministerium Hoffmann.
Die Soldaten der ganzen Garnison von Bamberg demonstrierten Montag nachmittag in massenhafter Besetzung einmütig gegen die Ministerpublik und stellten sich unter förmlichen Kundgebungen hinter das Ministerium Hoffmann. Seglitz für den Abend hatte die U. E. P. eine Volkserhebung einberufen, die überflüssig war und in der Vater sprach. Um die Proklamierung der Ministerpublik zu erleichtern, stellte man an die Spitze der Resolution die Forderung auf Freilassung der Gefangenen. Die Delegierten verteilten diesen Plan, indem sie getrennt abstimmen ließ und sich einmütig für die Freilassung der Gefangenen, aber mit 1200 gegen 200 Stimmen gegen die Ministerpublik erklärte.

München für die sozialistische Regierung.
München. In elf Versammlungen, zu denen ein Aufruf war, wie ihn das Münchener Verlagsamt bisher nicht kennt, erklärten die Arbeiter und Arbeiterinnen in München, dass sie von der Ministerpublik nichts wissen wollen, dass sie die Forderung der rein sozialdemokratischen Regierung in München für ein schweres Unglück für Land und Volk, für eine überaus gefährliche Erhöhung der Volksernährung und der Sicherung unserer Wirtschaft betrachten. Der Arbeiter- und Soldatenrat in München hat, obgleich die Unabhängigen dort weit über ihre Stärke hinaus und unsere Parteigenossen durchaus nicht ihrer Zahl entsprechend vertreten sind, mit einer Zweidrittel-Mehrheit die Ministerpublik verworfen. Trüben waren es die Leute vom Sozialdemokraten und die Kommunisten, zum Generalstreik aufzufordern.

Das Ende der Räuberzeit in Nürnberg.
Nürnberg wird unter dem 9. April gemeldet: Die Räuberzeit wurde heute in Nürnberg durch Soldaten, Bürger, Arbeiter und Arbeiterinnen beendet. Die Polizei des 9. Infanterieregiments übernahm mit dem Befehl des Hauptmanns der Kommunisten und darauf der Hauptmann des Infanterieregiments und Arbeiter bewachen. Die Festung Nürnberg, auf die der vereinte Angriff dann hätte haben sollte, war von den Sozialisten gestürzt worden.

Die Arbeiter-Ausführung.
Aus Nürnberg wird den 9. P. N. am Dienstag abend gemeldet: In Nürnberg ist es verhältnismäßig ruhig. Die Erklärung der Ministerpublik ist von einem kleinen Teile der Unabhängigen angenommen, ist zurückgezogen worden. Auch der Generalrat hat sich für die Freilassung der Gefangenen, die Ministerpublik ausgesprochen. In einer Versammlung von Sozialisten oder Nichtungen hat sich aber wieder eine Mehrheit für die Ministerpublik im Prinzip ergeben. Ihre Ausführung im letzten Augenblick wird aber abgelehnt. Die Lage ist demnach recht unklar. Die Erklärung des Ministerpräsidenten Hoffmann ist mit großem Interesse und Verständnis aufgenommen worden. Es ist anzunehmen, dass Ausbach sich auf die Seite der Bamberger Regierung stellen wird.

Dies ist keine Diktatur?

Immer klarer stellt sich heraus, dass die Räuberzeit in Bayern allein auf den Schultern der Unabhängigen ruht. Absichtlich sollte die neue Regierung ihre ersten Maßnahmen zu beweisen, dass man glauben und zutrauen sollte, dass die Ministerpublik, die Bamberger und zahlreiche intellektuelle Kreise des Vortrums machten mit. Diese Maßnahmen stellen sich als reine Stimmungsmaße dar, die keine Wirkung haben, sie sind nicht genug entworfen, wenn einmal der Reichsregierung eine unmissverständlich falsche Meldung unterläuft. Man hat die Namen mehrheitlich sozialistischer Volksbeauftragter genannt, jetzt zeigt sich, dass diese gar nicht dazu denken, sich an die Spitze des Münchener Rates zu stellen. Ebenso machen die Führer des Bauernbundes nicht mit selbst Professor Jaffe, einer der Intimen des erkrankten Eisner, hat dankend abgelehnt. Die Sozialistenbesen, die im Dezember 1918 dem Minister Anner die Rüstung die Kraft gaben, um seine Abänderung zu erreichen, würden jetzt vermutlich gern mit der Pistole in der Hand ein paar Ministerpublikanten zwingen, Volksbeauftragtenposten anzunehmen. Von links her haben die Kommunisten ihre Mitarbeit abgelehnt. Die unabhängige Freiheit gibt zu, dass der neuen Regierung also „schwere Tage“ bevorstehen. Mit Recht! Denn die Unabhängigen, die in gänzlicher Festsicherung die bayerische Regierung bilden wollten, brachten es bei den Wahltagmahlen vom 10. Januar letzten in München noch nicht auf ein Zwanzigstel aller Stimmen, nämlich auf 16 000 von 308 000. Für ganz Bayern ist das Verhältnis noch viel ungünstiger. Und das soll keine Diktatur sein?

W e i m a r, 9. April. Der bayerische Zentrumsvorstand Dr. Seeger hat sich öffentlich einen Ruf auf ein bayerisches Bayern, in dem er im Namen von vier Millionen Bayern gegen den Eingriff der neuen Ministerpublik in den Bereich der Landesverfassungsgeschichten und Parteifreistellen Einspruch erhebt. Dr. Seeger erklärt, besonders scharfen Protest erheben zu müssen, weil die Leute, die jetzt in München als Minister auftreten, nicht selbst nicht Bayern sind.

Man den in Bayern bei der Regierung vorliegenden Nachrichten geben die Meldungen, die aus München kommen, ein seltsames Bild. Die Ministerregierung findet sich nicht im Stand, militärisch zu sein. Die Gegenbewegung wird überall organisiert.

Bayern nicht frei zur Ministerpublik.

O weh, wir haben gefiegt! So rufen zu den Münchener Ereignissen die Anhänger des Reichstagsamts außerhalb Bayerns. Probathe schon die Berliner unabhängige Freiheit der Münchener Ministerpublik schwere Tage, so drückt sich die Frankfurter kommunistische Freiheit fast noch fester aus. Nach langen schweifigen Triumphzügen kommt plötzlich der stark ernüchternde Satz:

Die kommunistische Saat ist aufgegangen und die Frucht beginnt zu reifen. Ob Bayern zeitlich frei wird für die unmissverständliche Ministerpublik ist zur Stunde schwer zu beurteilen. Bewaltige Arbeit steht bevor, aber es ist Kampf, Kampf nach einseitig gerichteten Plan und Ziel.

Erst schreibt man: „Alle Macht den Arbeitenden, aber mit dem Sozialismus und dergleichen“, und wenn man dann die Macht hat — dann erst — beginnt man, Überlegungen darüber anzustellen, ob das betreffende Land eigentlich zeitlich für die schönen Dinge, mit denen man es beglücken will. Die Frage, ob Bayern wirtschaftlich frei sei, hat die kommunistische Freiheit übrigens erst selber in wenigen Tagen ausdrücklich verneint, als sie die Sozialisierungspläne des Dr. Neuratb, ob es denn die Laifische machen könne, das in Bayern die Industrie nur schwach zu machen ist und an dem Lande das mittlere Bauernum vorberührt.

Also — Bayern ist nach dem eigenen Urteil der Kommunisten nicht frei, weder zur „Sozialisierung“ noch zur „unverfälschten Ministerpublik“. Aber tut nichts, gefordert werden mit selbst! Und wenn man einem Land ein System aufzuzwingen hat, das, wie man selbst zugibt, auf die dortigen Verhältnisse gar nicht paßt, dann ist des Frohlockens über diesen „Sieg“ kein Ende.

Gibt die Kriegsgefangenen frei!

Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hat Sonntag, 6. April, einstimmig folgende Entschließung angenommen:
„Die Delegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für das hamburgische Staatsgebiet erlucht die Regierung der deutschen Republik, so rasch wie möglich die russischen Kriegsgefangenen nach ihrer Heimkehr zu entlassen, und nach den Grundsätzen der Kriegsregeln die sofortige Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen zu fordern.“

Im Anchluss hieran beschloß die Versammlung, am 1. Mai die Befreiung der Kriegsgefangenen als erste Forderung bei den Waffenruhebündnissen aufzustellen und das deutsche wie das internationale Proletariat aufzufordern, das gleiche zu tun.
Mit diesem Beschloß hat die Sozialdemokratie dem Schrei hunderttausender von schwerer Sorge gequälter Familien Ausdruck verliehen. Nach diesem Beschloß wird der Rat der Nation vor allem an den Tag sein, an dem die Menschlichkeit gefordert wird die Unmenschlichkeit verdammt werden wird. Möge das ganze internationale Proletariat millionenfach seine Stimme erheben in dem Ruf:
Laßt wieder die Menschlichkeit herrschen! Gebt den Kriegsgefangenen die Freiheit!

Eichhorns Tätigkeit im Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung.

In der Sitzung am 8. April des Untersuchungsausschusses der preussischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen wurde die Entstehung dieser Unruhen eingehend beraten. Der Minister des Innern, Seiner Majestät Regierungsrat Dr. v. Scharfstein, richtete über die von der Regierung getriebenen Feststellungen. Insbesondere machte Dr. Scharfstein eingehende Mitteilungen über die Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn. Die von Eichhorn aufgestellte Sicherheitswehr habe in den Polizeirevierern und im Polizeipräsidium gehauert wie Schweine. Ueber viele Hunderttausende Marx sehen Belege. Eichhorn selbst hat in einem Falle 3100 Mk. in einem anderen Falle 1625 Mk. für sich persönlich unterschlagen. Unter den verschwindenden Geldern befinden sich auch 147 000 Mk. runderhand Geldes, die bei Offizieren beschlagnahmt wurden und seitdem spurlos verschwinden sind. Eichhorn hat den revolutionären Elementen und anderen unabhängigen Organisationen die Wohnungslisten der Schumannschaft ausgeliefert und die Spülscheite, die sich der Unabhängigenpolitik nicht gefügt haben, sind seitdem nicht nur persönlich, sondern auch in ihren Familien in der brutalsten Weise terrorisiert worden. Die Sammlung und Anstellung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 400 000 Mk. erpreßt worden. Eichhorn hat ferner unter Benutzung eines Saucertoffgeschloßes versucht, die Hauptkassette des Polizeipräsidiums zu brechen, der Versuch ist ihm aber nicht gelang. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zentner feinsten Auswusches erpreßt, um davon Torten für seine Leibeswaise baden zu lassen. Im Polizeipräsidium wurde in den von Eichhorn und seinen Trabanten besetzt gehaltenen Räumen eine Notendruckpresse gefunden, die zur Benutzung fertiggestellt war.

Der Minister des Innern, Seiner Majestät, wies in einer allgemeinen politischen Rede nach, dass die Unruhen vom 6. Januar 1918 ein Verbrechen waren, das die Regierung und das nach einem einseitigen Plan an verschiedenen Stellen der Stadt gleichzeitig losgelassen wurde. Er gab einen Überblick über die besetzten Gebäude, aber die ungenügenden dort verübten Missetaten und über die Notmaßnahmen, welche die Regierung zur Unterdrückung der Unruhen ergreifen mußte, das für damals unverfügbare Truppen in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung standen. An der Verteilung der

von den Unabhängigen besetzten Gebäude haben Kuffe und Franke in hervorragender Weise mitgewirkt. Es hat eine Mitarbeiterin Frau Steinbrink aus Neubrück im Kreis des Vorkriegsgebäude ein Wohnungsgesetz besetzt, durch dessen Ausführung mehrere Mietenspiegelbaten gehalten sind. Nach der Wiederherstellung wurde im Vorkriegsgebäude u. a. gefunden die Ausrüstung einer Feldküche und silbernes Tischgeschloß, sowie andere Hausräte. Abg. Leib (U. E. P.) gab zu, dass die Zustände unter Eichhorn ganz unerträglich geworden waren, kündigte für die nächste Sitzung aber eine Reihe von Bemeinungen an. Ein Vertreter des Arbeiterministeriums gab Aufschluß über die Bildung der Freiwilligenformationen, die erst lange nach dem 6. Januar mit größter Beschleunigung nach Berlin gerannt worden sind.

Auf eine Anfrage teilte Regierungsrat Dr. Dorn mit, dass bei den Januar-Unruhen 196 Personen und bei den Unruhen im März 1175 Personen getötet worden sind, darunter etwa ein Zehntel Soldaten.
Der Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Verhältnisse bei den Unruhen von Januar bis März beschloß am Mittwoch, den früheren Polizeipräsidenten Eichhorn öffentlich und brüchlich aufzufordern, sich zur Vernehmung durch den Untersuchungsausschuß einzufinden. Außerdem beschloß der Ausschuß, eine große Anzahl von Zeugen zunächst in den Januar-Unruhen in Berlin zu vernehmen. Die Vernehmungen beginnen am Dienstag, den 16. April.

Wer ist der Narr?

Die Berliner unabhängige Freiheit veröffentlichte eine Erklärung des Zentral-Soldatenrats des 4. Armee-Korps zu den Magdeburger Vorgängen, in der verurteilt wird, die angelegte Militärrevolte in ein möglichst harmloses Licht zu setzen. In diesem Schreiben bemerkt die Freiheit:

„Der Brief ist auch dem Vorwärts zur Veröffentlichung übergeben worden. Aber nur ein Narr würde erwarten, daß der Vorwärts den Brief in die Öffentlichkeit der Darstellung seinen Lesern zu überbreiten.“
Mit dieser Prozeßung ist die Freiheit gründlich hereingelesen, denn in der gleichzeitig mit der Freiheit erscheinenden Abendausgabe des Vorwärts vom Dienstag ist der Brief des Magdeburger Zentral-Soldatenrats auf der ersten Seite und sogar vollständiger als in der Freiheit abgedruckt, welche das Hauptstück, die dem Brief beigelegte Resolution, fortgelassen hat, während der Vorwärts sie bringt. — Wer der Narr ist, kann hier nach nicht zweifelhaft sein, nur daß die Partei der Freiheit einen sehr beschränkten Begehr hat. Wir sind nun gespannt, ob die Freiheit überlebens den Text dessen wird, ihren Lesern mitzuteilen, daß sie einmal wieder leichtfertig und grundlos verleumdet hat.

Die sozialdemokratische Kundgebung.

Eine außerordentliche Kundgebung der Delegierten Arbeiterchaft am Sonntag, an der sich 10 000 bis 12 000 Personen beteiligten, richtete sich gegen die Ungerechtigkeiten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und erklärte sich für Demokratie und gegen den Terror.

Die Sozialisierungskommission im Konflikt mit der Regierung.

Die Sozialisierungskommission hat dem Reichswirtschaftsamt mitgeteilt, daß sie ihr Amt niederlegt. Sie begründet diesen Schritt mit einem längeren von Kauley und Prof. Franke unterzeichneten, vom 7. April datierten Schreiben, in dem sie erklärt, daß sie vom ersten Tage an mit der offenen oder verdeckten Diktatur des Reichswirtschaftsamt nicht zu kämpfen gehabt hätte. Dr. August Müller habe ihr die Rolle eines gänzlich bedeutungslosen Sekretärs angedeihen, habe ihr die Arbeitsmöglichkeiten verweigert und sie in entscheidenden Angelegenheiten von jedem Einfluß ferngehalten. Das Reichswirtschaftsministerium habe dann unter seiner gegenwärtigen Leitung den vorläufigen Bericht der Kommission über die Sozialisierung der Rohle solange zurückgehalten, bis seine eigenen Entwürfe in der Nationalversammlung durchgefallen waren. Diese Entwürfe seien entgegen einem gegebenen Versprechen der Kommission nicht vorgelegt worden.

Die Kommission habe nun mit der Veröffentlichung der Entwürfe über die Sozialisierung nicht warten können, bis sie dem Reichswirtschaftsamt genehmigt seien würde.
Weiter wird darüber klage geführt, daß am 26. März von der Kommission ein Gutachten über die Sozialisierung der Hypothekensachen verlangt worden sei mit der gleichzeitigen Mitteilung, daß das Amt die Frage bereits geprüft und entschieden habe. Verlangt worden sei, daß die Kommission sich auf die Erklärung der Gutachten beschränke und sich jeder eigenen Stellungnahme vor der Öffentlichkeit enthalte. Infolge der Einstellung der Arbeiter könne auch der Bericht über das Versicherungswesen nicht mehr fertig gestellt werden.

Ein sonderbares Gebahren des Reichswirtschaftsamt wird hier offenbart und es tut not, daß dieser Amtsstelle die Bedeutung der Sozialisierungskommission planmäßig gemacht wird, damit der Konflikt noch eine friedliche Lösung finden kann.

Nus dem Verfassungsausschuß der Nationalversammlung.

W e i m a r, den 9. April 1919.
Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung beschloß sich am Mittwoch weiterhin mit Einzelheiten des Beschlusses „Reichspräsident und Reichsregierung“. Rein eingetragt wurde auf Antrag Ulrich die Bestimmung, daß den nächsten 15 Jahren Mitglieder der im Jahre 1910 regierenden landesherrlichen Familien der jetzt zum Deutschen Reich gehörigen Länder nicht zum Reichspräsidenten wählbar sind. Artikel 67 bestimmte nach der Regierungsvorlage, daß, wenn deutsche Gliedstaaten die ihnen nach der Verfassung über den Reichsbesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllen, sie der Reichspräsident dazu mit Hilfe der betroffenen Stadt anhalten kann. Der Artikel blieb

Keine Gegenrevolution!

Das hiesige Volksblatt fordert zu einem Gegenprotest gegen die
**zur Aufrechterhaltung der Ordnung zum Schutze
 gegen Plünderungen, Brandstiftung und Mord**

angestellten Sicherheitsorganisation auf und schiebt der Aufstellung derselben das Motiv der Gegenrevolution unter.
 Wer in Halle die vorgekommenen Plünderungen erlebt hat, welche nicht einmal vor dem Eigentum von Witwen und Waisen Halt gemacht haben, weiss, wie notwendig die Aufstellung des Wachregiments und der Zusammenschluss aller ordnungsliebenden Kreise der hallischen Einwohnerschaft war, und dass dem Terror der Strasse Jedermann schutzlos preisgegeben war.
 Nicht Studenten, Offiziere und Beamte, wie das Volksblatt aufhetzend schreibt, sondern Einwohner Halles aus allen Schichten der Bevölkerung, Arbeiter, Handwerker, und alle anderen Kreise, sind in der Schutzwehr vereinigt.

Schriftlich hat sich Jedes Mitglied der Schutzwehr verpflichtet, nur zum Schutz gegen den Terror, nur zur Abwehr die Waffe zu gebrauchen.

Gegen plünderndes Gesindel, gegen Strassenraub und Mord soll Arbeiter, Handwerker, Bürger und Beamte, sollen Witwen und Waisen geschützt werden.
 Von Aenderung der durch die Revolution geschaffenen Zustände ist bei keinem Zugehörigen der Sicherheitsformationen die Rede.

Sie alle stehen fest zur Republik und zur Regierung.

Das Ammenmärchen von einer Gegenrevolution wird nur aufgetischt, um neuen Streit, neuen Unfrieden zwischen die einzelnen Bevölkerungsklassen zu säen.
 Alle sehnen sich nach Ordnung, vor allem auch die Arbeiterschaft.

Arbeiter, lasst Euch nicht durch falsche lügnerrische, heuchlerische Aufhetzungen beeinflussen. Erhebt Protest gegen die Schürer des Klassenhasses, gegen die Störer von Ruhe, Ordnung und Frieden!

Die Schutzorganisationen Halle.

Walhalla-Operetten-Theater.
 Anfang 7.10 Uhr:
Der Rastelbinder.
 Sonntag 9 1/2 Uhr
 zum letzten Mal:
Zwerg Nase
 Märchen-Posse m. Gesang.
 Kasse v. 10-1 1/2 u. 4-6.

Stadt-Theater
 Freitag, den 11. April 1919,
 Abends 7, Ende 9 1/2 Uhr:
Isebill
 Das Märlein von dem
 Fischer und seiner Frau.
 Sonnabend:
 V. Sinfonie-Konzert.

Altmöbel-Verwertung
 5 Marktschwinger 5
 i. Suite d. Rfm. Max Schätze.
 Zu u. Verkauf aller Arten
 gebrauchter Möbel, ganzer
 Wohnungseinrichtungen bei
 schöner Giebigung.

Hippodrom
 Wintergarten
 Direktion: Georg Arndt.

Täglich: Gr. Reit- u. Sportfest.
 Herrlicher, wunderbar dekoriertes Spiegelsaal.
 Im Restaurant gute Biere,
 vorzügliche Weine.

**Sonnabend von 7 Uhr ab:
 Grosser Kavalier-Ball.**

Apollo-Theater
 Heute u. täglich 7 1/2 Uhr:
**Der ersten Liebe
 gold'ne Zeit.**
 Operette von G. Wittbert.
 Vorverk. u. 9-1 u. 5-7 u.

Schluss
 der
Anzeigen-Annahme
 vormittags 10 Uhr.

Chalia-Theater.
 Schpiel 2924
 des Stadttheaters-Peripatois.
 Sonntag, den 13. April 1919
 abends 7 Uhr:
Benjoun Schöller.
 Schwanck von Jacoby und Bauf.

Wandschränken
 in Eiche u. Nussbaum
 sehr billig.
C. F. Ritter.
 Leipziger Strasse 90,
 2922

Paneelebretter
 in allen Grössen
 nussbaum lack'art
 sehr billig.
C. F. Ritter,
 Leipziger Strasse 90,
 2921

Unsere seit Jahren bekannte, hier, Leipzigerstr. 32, betriebene
 Eisenwaren-, Werkzeug-, Haus- und Küchengeräte-, sowie
 Offenhandlung ist mit dem 1. April durch Kauf in den Besitz des
 Herrn Karl Schmidt übergegangen, der dasselbe unter der Firma

Bartels & Beck
 Inh. Karl Schmidt

in der bisherigen Weise weiter fortführen wird. Wir bitten von
 diesem Besitzwechsel freundlichst Kenntnis nehmen zu wollen und
 benutzen diese Gelegenheit, für das uns in so reichem Masse
 entgegengebrachte Wohlwollen — das wir auch auf unseren Nach-
 folger zu übertragen bitten — aufrichtig zu danken.

Bartels & Beck.

Im Anschluss an vorstehende Mitteilung bitte ich die bis-
 herige werthe Kundschaft der Firma Bartels & Beck das der letzteren
 entgegengebrachte Wohlwollen auch mir zuteil werden zu lassen.
 Das geehrte Publikum von Halle und Umgebung bitte ich meinem
 Unternehmen mit Vertrauen begegnen zu wollen, durch sachgemässe
 und zuvorkommende Bedienung werde ich solches jederzeit zu
 rechtfertigen suchen

Halle a. S., Leipzigerstr. 32.
 Fernspr. 2190.

Bartels & Beck
 Inh. Karl Schmidt,
 Eisenwaren — Werkzeuge — Haus- u.
 Küchengeräte sowie Offenhandlung.

Mein
Stock- und Pfeifengeschäft
 befindet sich während des Umbaus
Rathausstr. 17
 gegenüber Bauers Restaurant.
F. Saatz.

Auf dringenden Wunsch wiederholt!
Saalschlossbrauerei.
 Am Donnerstag, den 10. ds. Mts., abends
 8 Uhr, nochmals Vortrag über
Freie Liebe oder Ehe?
Die Prostitution!
 Redner: **Dr. Martn Olpe.**
 Der erste Vortrag wurde auch hier mit grosser
 Begeisterung aufgenommen. Vergl. Kritik in der
 Saale-Zeitung vom 4. ds. Mts.
 Eintritt 0,50 und 1.— Mk. num. Karten 2.— Mk.
 Karten nur an der Abendkasse ab 6 Uhr.

4 1/2 % reidmsündelsidhere Brandenburgische Kommunal-Anleihe.
 Anleihe des Giroverbandes der Kommunalverbände der Provinz Brandenburg
garantiert von 115 Städten und Gemeinden
 Zeichnungen auf obige Anleihe nehmen wir zum Kurse von
97 1/2 %
 speziell entgegen.
Spar- und Vorschub-Bank, Akt.-Ges., Rathausstr. 4.

Zweiter deutlicher Rätekongreß.

Berlin, 8. April. Der zweite deutsche Rätekongreß wurde Dienstag vormittag im Sitzungssaal des Zentralkongresses...

(Großer Räum bei den Unabhängigen und Zurück.) Sie täten besser, wenn sie auch etwas auf ihren persönlichen Anstand geben würden, denn die Moral verbietet als Verteidiger...

gerade Steigerung der Produktivität bewirkt. Diktatur und Terror sind ungenügend, auch in Bayern. Die bayerische Regierung ist ja protest, das man sie eben auch nicht nach...

Salle und Sozialkreis.

An die Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins Halle und Sozialkreis.

Freitag, den 11. April abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, im hinteren Zimmer (parterre).

„Berichte.“

Die beiden extremen Blätter, das Volksblatt und die Halle'sche Zeitung überleben einander im Ausbringen der hinfälligen Wägen über gegenrevolutionäre Bestrebungen...

Die Bezeichnung der Deputationen und Ausschüsse der Stadtverwaltung Halle.

durch die Stadtverordnetenversammlung ist keine so einfache Aufgabe. Sind doch nicht weniger als 10 Deputationen, eingeteilt auf Grund des § 50 der Städteordnung...

Die Vorläufe für die Bezeichnung der rund 80 Kommissionen aus den Reihen der Stadtverordneten ist Aufgabe der Kommission der Kommissionen...

Handelsteterei oder Fortschritt der Zwangsbesitznahme?

Dem Drängen gewisser Kreise nachgeben, vielleicht auch, um dem Volke zu zeigen, daß man in Regierungskreisen nicht an der Zwangsbesitznahme festhält...

Wahlmann-Weber übermittelte die Grüße der österreichischen Räte und feiert den Rätekongreß in Ungarn.

Wahlmann-Weber übermittelte die Grüße der österreichischen Räte und feiert den Rätekongreß in Ungarn.

Dr. Rosenfeld (H. Soz.) erklärt, daß wir den Kongreß auf das nächste Mal verschieben wollen. Wir brauchen uns nicht zu beeilen...

Dr. Rosenfeld (H. Soz.) erklärt, daß wir den Kongreß auf das nächste Mal verschieben wollen. Wir brauchen uns nicht zu beeilen...

Dr. Rosenfeld (H. Soz.) erklärt, daß wir den Kongreß auf das nächste Mal verschieben wollen. Wir brauchen uns nicht zu beeilen...

Dr. Rosenfeld (H. Soz.) erklärt, daß wir den Kongreß auf das nächste Mal verschieben wollen. Wir brauchen uns nicht zu beeilen...

Dr. Rosenfeld (H. Soz.) erklärt, daß wir den Kongreß auf das nächste Mal verschieben wollen. Wir brauchen uns nicht zu beeilen...

Dr. Rosenfeld (H. Soz.) erklärt, daß wir den Kongreß auf das nächste Mal verschieben wollen. Wir brauchen uns nicht zu beeilen...

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitarbeiter...

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitarbeiter...

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitarbeiter...

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitarbeiter...

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitarbeiter...

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitarbeiter...

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitarbeiter...

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitarbeiter...

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitarbeiter...

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Vertical text on the right margin, partially cut off.

